



Länger gemeinsam lernen - jetzt erst recht!

Kolumne von Rosemarie Hein, 28. Juli 2010

Rosemarie Hein, Sprecherin für allgemeine Bildung der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Einen Schulfrieden wollte der Erste Bürgermeister, einen Schulkampf hat er bekommen.

Beim Volksentscheid für oder gegen eine verlängerte Primarschule in Hamburg haben die Initiatoren der Volksinitiative „Wir wollen lernen“ einen Sieg gegen fast die gesamte Hamburger Bürgerschaft errungen. Es geht nicht um Elitebildung, machte die Volksinitiative glauben, aber bereits Anfang dieses Jahres wurde in der ARD-Sendung Panorama etwas Anderes dokumentiert: Man habe in den achtziger Jahren ein akademisches Proletariat herangezüchtet, das zu wissenschaftlicher Arbeit oder auch zu einer gehobenen Laufbahn gar nicht fähig sei, war da von Unterstützern der Volksinitiative zu hören. Und: Es bringe nichts, wenn Arbeiterkinder mit Kindern von Vorstandsvorsitzenden gemeinsam spielen. Deutlicher muss man nicht werden: Es geht um die Sicherung des Privilegs der Besserverdienenden, ihre Kinder so früh wie möglich auf ein Gymnasium zu schicken, damit sie besser lernen können als das in

leistungsgemischten Lerngruppen in Gesamt- oder Gemeinschaftsschulen der Fall sei.

Die frühe Trennung in unterschiedliche Bildungsgänge schadet nachgewiesenermaßen den Schwächeren in der Gesellschaft und nützt den Stärkeren nicht. Erst jüngst wurde erneut bestätigt, dass ein Kind aus einer Arbeiterfamilie auch bei gleichem Leistungsniveau eine vielfach schlechtere Chance hat, auf ein Gymnasium zu kommen, als Kinder aus Akademikerfamilien. Leistungsgemischte Lerngruppen entfalten dagegen Synergie-Effekte, die den einen wie den anderen zugutekommen.

Dennoch haben die Initiatoren der Volksinitiative eine Mehrheit der Hamburgerinnen und Hamburger überzeugt. Der Volksentscheid ist, ungeachtet der sehr unterschiedlichen Wahlbeteiligung, in allen Stadtteilen mehr oder weniger deutlich abgelehnt worden. Die Vorlage der Hamburger Bürgerschaft hat nur in Altona eine Mehrheit bekommen. Haben also die Betroffenen gegen ihre eigenen Interessen gestimmt? So einfach ist das nicht.

Das Ergebnis des Volksentscheides muss respektiert werden. Wenn er aber eines lehrt, dann dass es nicht genügt, die politischen Mehrheiten für eine Reform zusammen zu bekommen, sondern dass man auch gesellschaftliche Mehrheiten braucht. Die waren offensichtlich nicht vorhanden.

DIE LINKE in Hamburg hat dieses Projekt als kleinen Schritt in die richtige Richtung gestützt. Offensichtlich ist dieser Schritt aber zu klein und zu wenig überzeugend, um nachhaltige Bildungsreformen in Gang zu setzen. Eine umfassende Bildungsreform muss auch alle Schülerinnen und Schüler umfassen.

Längeres gemeinsames Lernen in einer Schule für

alle Kinder wird das Zukunftsmodell bleiben, gleichgültig wie langsam man sich dieser Einsicht in den Ländern der Bundesrepublik nähert. Fast überall - am wenigsten in Bayern - gibt es Bewegung in diese Richtung. Darum ist es für DIE LINKE richtig, bei der Forderung nach längerem, entschieden längerem gemeinsamen Lernen zu bleiben, und viel Kraft darauf zu verwenden, Widerstände, die oft aus Unsicherheit erwachsen, beharrlich abzubauen.

Ob die Stadtteilschule, die nun in Hamburg eingeführt wird, einen Beitrag dazu leisten kann, oder ob sie nur dazu dient, die Hamburger Gesamtschulen von der Bildfläche verschwinden zu lassen, bleibt abzuwarten. Einige hoffnungsvolle Ansätze gibt es im Konzept der Stadtteilschule, wenngleich über sie der Weg zum Abitur ein Jahr länger dauern soll als am Gymnasium. Aber in den westlichen Bundesländern steht das „Turboabitur“ ohnehin unter Kritik. Für mich gilt darum: Längeres gemeinsames Lernen - jetzt erst recht!